

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Druckpreis: Durch unsere guten Beziehungen monatlich 5.50 Mark; bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.00 Mark; bei der Post halbjährlich 28.00 Mark, jährlich 55.00 Mark. Geschäftsverträge wettfähig.

Abgabeort: Die Abgabestelle ist die Geschäftsstelle des Anzeigers für das Erzgebirge in Chemnitz, Markt 1. — Mark, an welcher die Abgabe 1.00 Mark, die Abgabe 3.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle entsprechend. Abgabeort: Die Abgabe ist in Chemnitz, Markt 1. — Mark, an welcher die Abgabe 1.00 Mark, die Abgabe 3.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle entsprechend. Abgabeort: Die Abgabe ist in Chemnitz, Markt 1. — Mark, an welcher die Abgabe 1.00 Mark, die Abgabe 3.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle entsprechend.

Verantwortlich: R. 53.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aus.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 266

Dienstag, den 15. November 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichskabinett behandelte gestern die schwebenden Fragen der Reparationsverhandlungen und der Kreditation der Industrie. In den Beratungen nahmen neben den Ministern die Staatssekretäre der beteiligten Ressorts teil.

Präsident Harding hat gestern nachmittag um 4 Uhr die Proklamation unterzeichnet, in der der Friede zwischen Amerika und Deutschland erklärt wird.

Offiziell wird angekündigt, daß in der heutigen Sitzung der Washingtoner Konferenz Balfour eine Rede halten werde, in der er im Prinzip den amerikanischen Vorschlag wegen der Einschränkung der Rüstungen zur See annehmen werde.

Die österreichischen Bundesstruppen haben gestern die vorgeschriebene Marschlinie ohne Störung erreicht und wurden auch gestern von den Burgenländern sehr herzlich empfangen.

Der Versailler Vertrag und die deutsche Ueberschiffahrt.

W. W. Mit berechtigtem Stolz durften wir im Verlauf der letzten Jahrzehnte vor dem Krieg auf die Entwicklung unserer Handelschiffahrt blicken. Der Bestand der deutschen Seeschiffe stieg von 3553 Einheiten mit 1 433 418 Netto-Reg.-Tonnen Inhalt und einer Besatzung von 40 449 Mann im Jahr 1892 auf 4935 Einheiten mit 33 200 071 Netto-Reg.-Tonnen Inhalt und 88 898 Mann Besatzung im Jahr 1914. Bereits während des Weltkriegs verloren wir durch Beschlagnahmungen unserer in ausländischen Häfen liegenden Ueberschiffe einen beträchtlichen Teil unserer Handelsflotte. Das Versailler Abkommen hat unsere Handelsflotte dann völlig vernichtet. Unsere Gegner setzten in den Auslieferungsmaßnahmen (Anhang 3 zum 8. Teil des Friedensdokuments) deutlich, worum es ihnen im Grund zu tun war: nämlich um die möglichst restlose Zerstörung des deutschen Handels. Von Deutschland wurde verlangt: die Auslieferung aller fertigen oder im Bau befindlichen Handelschiffe von 1600 und mehr Reg.-Tonnen, ferner der Hälfte aller fertigen oder im Bau befindlichen Handelschiffe von 1000 bis 1600 Tonnen. Außerdem soll Deutschland keine Schiffsneubauten jährlich bis zu 200 000 Tonnen Gesamtinhalt den Alliierten ausliefern. Diese Lieferungen werden Deutschland auf Reparationskonto laufend gutgeschrieben. Wie diese Berechnung indessen von unseren Gegnern gehandhabt wird, zeigt der 222. Sitzungsbericht der Pariser Wiedergutmachungskommission, nach dem Deutschland die bis zum 1. Mai d. J. abgelieferten 2 153 407 Brutto-Reg.-Tonnen Schiffsraum mit nur 745 Millionen Goldmark gutgeschrieben werden. Diese Berechnung betraf jedoch nur die auf Grund der Auslieferungsbestimmungen den Alliierten übergebenen, nicht jedoch die in den feindlichen Häfen schon früher beschlagnahmten, zum Teil besonders großen Ueberschiffe. Sie ist daher unbillig und rechtswidrig. Der deutsche Schiffsraum beträgt zurzeit, abgesehen von einigen neugebauten und unter großen gelblichen Opfern zurückgekauften Schiffen, nur etwa eine Million Tonnen. Die Dampferflotte allein weist sogar nur 0,5 Millionen Tonnen auf.

Wesentlich erfreulicher ist es, daß unsere großen Schiffahrtsgesellschaften danach streben, die deutsche Flagge wieder zur Geltung zu bringen und sie auch an fernem Küsten wieder regelmäßig zu zeigen. So nimmt, wie kürzlich verlautbart wurde, der Norddeutsche Lloyd im Anfang des nächsten Jahres die unmittelbare Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika wieder auf und hat zu diesem Zweck von Neujahr ab in New York wieder eine eigene Lloyd-Vertretung eingerichtet. Eigene Passagierdampfer des Norddeutschen Lloyd werden im Februar 1922 den Dienst Bremen-New York wieder aufnehmen. Außerdem hat diese Schiffahrtsgesellschaft beschlossen, den Frachtdampferdienst von Bremen nach Brasilien den sie bereits seit September 1920 mit zwei eigenen Dampfern betreibt, durch Einstellung ihres neuen auf der Seattleer Vulkanwerk erbauten Dampfers Minden zu erweitern. Der am 14. Dezember zum ersten Mal von Bremen nach Rio de Janeiro und Santos abgeht und auch zur Verbesserung einer kleinen Anzahl von Passagieren eingerichtet ist. Auch die Wiederaufnahme des Schiffahrtsdienstes mit eigenen Schiffen nach Ostafrika (von Hamburg und Bremen über Rotterdam nach Singapur, Hongkong, Shanghai, Kobe und Yokohama) kündigt der Norddeutsche Lloyd für die nächste Zukunft an. Einer

Meldung der Chicago Tribune zufolge beriet sich auch die Hamburg-Amerika-Linie vor, wieder einen regelmäßigen Schiffdienst nach Ostafrika einzurichten; sie ist zu diesem Zweck mit der Ellman- und Holt-Gesellschaft in Verhandlungen eingetreten. In friedlichem Wettbewerb mit den genannten Schiffahrtslinien steht endlich auch die von Siemens finanzierte Gesellschaft, die in letzter Zeit einen bemerkenswerten Aufschwung genommen hat. Diese trägt sich mit der Absicht die Schiffverbindungen nach Südamerika aufzunehmen, und den Bau einer Transportflotte, die dem Deltatransport nach Argentinien dienen soll, in die Wege zu leiten. Das Wiedererwachen der deutschen Ueberschiffahrt ist ein starker Beweis für deutsche Tatkraft und deutsche Beharrlichkeit und wird sicherlich auch in der gesamten Kulturwelt als solcher gewertet werden.

Ein Weißbuch über das Saargebiet.

St. Die deutsche Regierung hat dem Reichstag ein umfangreiches Weißbuch über das Saargebiet vorgelegt. Dieses Weißbuch ist ebenso sehr eine Anklage gegen die französischen Militärbehörden, die während der Zeit des Waffenstillstandes das Land beherrschten, es zeigt aber auch, daß die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission keineswegs die Verwaltung des Landes nach den Prinzipien vornimmt, die vom Völkerbund feierlich verkündet worden sind. Schon ein oberflächliches Studium dieser wichtigen Anklageschrift zeigt, daß die Regierungskommission im Saargebiet nichts anderes ist als eine Statthalterin Frankreichs. Es zeigt ferner, daß sie drauf und dran ist, dieses rein deutsche Gebiet zu französisieren. Die Besuden der Bevölkerung des Landes an der Saar werden in dieser Dokumentensammlung eindringlich dargestellt, und es ist nur zu hoffen, daß dieses Weißbuch, das auch im Buchhandel erschienen ist, die weiteste Verbreitung im In- und Ausland findet. Zeigt doch das Weißbuch über das Saargebiet am besten, was aus dem Friedensvertrag von Versailles geworden ist. Die Darstellung des Notwendigsten über das Saargebiet in der Zeit zwischen Bekanntgabe und Unterzeichnung der Friedensbedingungen erhellt, daß keinerlei Gründe des Rechts für die Abtrennung des Saarlandes aufzutreiben sind. Das französische Bestreben, das Saargebiet unter eine besondere Regierung zu stellen, bedeutete nichts anderes als die reichen Kohlenvorkommen dieses Landes für immer in die Hand zu bekommen. Die französische Regierung arbeitet nach wie vor systematisch an der Verwirklichung dieses Ziels. Wir haben das ja in den letzten Tagen erst wieder erlebt, nachdem der Streik um die Einschüpfung der Frankennährung in ein neues Stadium getreten ist, dadurch, daß eine saarländische Delegation die Wünsche dieses Gebietes dem Völkerbund vorzutragen will. Das französische Bestreben ist weiterhin erschütternd aus den Versuchen, einen besonderen Begriff Saarländischer zu konstruieren. Was die Franzosen offen und ehrlich erfinden, das will auch die Regierungskommission, die ihre Ziele, allerdings unter dem Deckmantel der Neutralität verhält. Aus einem Bericht der Regierungskommission des Saargebietes an den Völkerbundrat seien nur einige Sätze zum Schluß wiedergegeben, die die Tendenz dieser Kommission aufs deutlichste kennzeichnen. In dem Bericht heißt es: Die Anträge von Eltern deutscher Staatsangehörigkeit auf Erteilung der Erlaubnis, ihre Kinder in den von französischen Staatsgruben eröffneten Schulen, die im Friedensvertrag vorgesehen sind, einzuschreiben, werden immer häufiger. Und an anderer Stelle: Als natürliche Ergänzung der geplanten Reform wird die Gründung einer technischen Hochschule ins Auge gefaßt. Preußen hatte die Errichtung einer solchen Schule systematisch hinausgeschoben, um die Jugend des Saargebietes zum Besuch der Anstalten im Innern Preußens zu zwingen. Die Unmöglichkeit dieser Behauptung geht schon daraus hervor, daß bekanntlich Nachen sich einer preussischen technischen Hochschule ist.

Hat Hughes nur geblufft?

St. Die Rede des amerikanischen Staatssekretärs Hughes auf der Konferenz in Washington hat nicht nur dort im Kreise der Delegierten der verschiedenen Nationen, sondern in der ganzen Welt das allergrößte Aufsehen erregt. Niemand hätte einen derart weltgehenden Abrüstungsvorschlag erwartet, und es erhebt sich nun die Frage, welche Gründe die amerikanische Regierung dafür gehabt hat. Schon jetzt wird erklärt, daß die Konferenz in ihrem ganzen Umfange und während des größten Teils ihrer Dauer durch die Erörterungen über das Abrüstungsproblem in Anspruch genommen werden dürfte und zwar obendrein unter ziemlich vollständiger Beschränkung auf das Problem des Stillen Ozeans. Die Vermutungen, daß in Wa-

shington das sicherlich doch nicht weniger wichtige Thema der finanziellen Sanierung Europas zur Diskussion gestellt werden würde, scheinen also enttäuscht zu werden. Wird nun aber die Rechnung der amerikanischen Regierung aufgehen? Es ist ganz unzweifelhaft, daß vor allem die Engländer stark verärgert sind, weil sie von den Absichten des Präsidenten Harding und seines ersten Beraters so gar keine Ahnung gehabt haben. Die Sache muß auch wirklich mit besonderem Geschick gehandhabt worden sein, denn gemeinhin pflegt man in der englischen Botschaft zu Washington über das, was im Weißen Haus vorgeht, ziemlich genau unterrichtet zu sein. Aber wenn nun auch der englische Admiral Beatty während der Rede Hughes mit höchstem Nachdruck auf seinem Platz saß, so daß man also deutlich sah, wie er innerlich zu ihr stand, so ist heute bereits festzustellen, daß die englische Presse sich mit außerordentlicher Gewandtheit auf die Ueberraschung eingestellt hat. Die britischen Blätter schreiben nämlich mit begeisterter Geste, die amerikanischen Vorschläge seien ein großer Erfolg der — englischen Politik! Entsprechend der vorherigen Abmachung fundiert die französische Presse dadurch, daß sie das Hughes'sche Programm als eine Zusammenstellung aus lauter Tricks und Bluffs hinstellt, und beide Zusammenfolgen, augenscheinlich auf pünktliche Weisung von oben, die Taktik, so zu tun, als ob die einzige Regierung, die sich wirklich grundsätzlich ablehnend zu den amerikanischen Vorschlägen äußern könne und dürfte — Japan sei. Man setzt auseinander, daß die amerikanische Regierung, wenn die von Hughes vorgeschlagenen Einschränkungen der Rüstprogramme wirklich durchgeführt würden, für das Jahr 1934 eine einwandfreie Ueberschneidung an Kampfkraft auf Seite Amerikas leicht zu erreichen sei, und daß, obgleich Amerika dreihalf Millionen Schiffe besitzt, also am meisten von allen, aber weniger als England und Japan zusammen, die sechsunddreißig Schiffe streichen sollen. Das wird so bewiesen, daß man sagt, Amerika wolle nicht auf die sechs großen Schlachtschiffe von Hardy verzichten, die es ausdrücklich weiterbauen wolle, weil dieser Typ ihm ganz fehle. Jedenfalls steht das eine fest: Amerika hat sich einen großen taktischen und moralischen Vorsprung gesichert. Man wird nun sehen müssen, ob es auch die Lefferlichkeit der Verhandlungen durchsetzen kann, gegen die sich Japan und England mit allen Mitteln sträuben.

Demokratischer Parteitag.

(Regier. Tag.)

—o— Der Montag litt etwas unter der Abreise vieler Delegierten in die Heimat oder zu Vorträgen in die Umgebung. Besonders am Nachmittag lächelten sich die Reihen mit jeder Stunde stärker. Dabei hatten die Verhandlungen höchstes Allgemeininteresse und die Redner und Rednerinnen sprachen vielfach fesselnd. Beifallsstürme wie an diesem letzten Tag haben ihre beiden Vorgänger kaum einmal. Für mehrere Vorträge beschloß der Parteitag besondere Drucklegung und Verbreitung als Broschüre. Es herrschte eine äußerst gehobene Stimmung. Gleich zu Beginn der Montag-Sitzung entfiel die Flaggenfrage eine wahre Leidenschaft. Ein Hamburger Delegierter sprach für Schwarz-rot-gold, ein Bremer für Schwarz-weiß-rot. Lübbe als Süddeutscher, Dr. Petersen als Hanseate, Frau Deutsch aus Berlin, ein junger Hamburger Oberlehrer, Minister a. D. Koch, ein Frankfurter und ein Rheinländer nahmen der Reihe nach das Wort; und alle sprachen mit dem Herzen zu den Herzen. Wiederholte Schlußanträge wurden abgelehnt und immer neue Vorschläge wurden zur Lösung des Problems eingebracht. Schließlich fand ein Antrag des früheren Staatssekretärs Meier eine überwältigende Mehrheit, wonach die parteipolitische Ausnutzung der Flaggenfrage als verwerflich gebrandmarkt und die demokratische Partei erneut auf den Schutz der verfassungsmäßigen Flaggen verpflichtet wird. Der Parteitag warnte aber außerdem, durch die Fortsetzung des unruhigbaren Streites die Geschlossenheit der verfassungstreuen Partei zu gefährden.

Zu den Herzen sprach auch die einstimmig angenommene Obereschlesien-Resolution, die Dank und Treuebeweis für die obereschlesischen Volksgenossen enthielt und die Hoffnung auf Sieg des Rechts und baldige Wiedervereinigung ganz Oberschlesiens mit der deutschen Republik Ausdruck gab. Sie wurde sofort telegraphisch dem Deutschen Ausschuss in Rationell übermitteln. Weitere Entschlüsse für baldige Befestigung eines Tote n p e n Tages und Erklärungen über den Verlust des preussischen Handelsministeriums für die Partei leiteten dann zu den großen Referaten über die Parteifragen und zu den verfassungspolitischen Erörterungen über, die den Tag noch beinahe ganz ausfüllten.